



DIETER NAGL / AFP

Fahndungsbild des mutmaßlichen Mörders

dass ausgerechnet ein Informant des Wiener Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, der Tschechene Kosum J., an der Tatplanung beteiligt gewesen sein soll. Unmittelbar nach dem Mord hatte J. mit seinem Kontaktmann beim Dienst telefoniert. Wenige Tage später setzte er sich mit Wissen des Verfassungsschutzes nach Tschetschenien ab und hatte auf der Flucht mehrfach telefonisch Kontakt zum Dienst. Die Ermittler stufen Kosum J. als „Fluchthelfer“ und „Bestimmungstäter“ ein, gegen seinen Bruder wurde jetzt Anklage wegen unmittelbarer Tatbeteiligung erhoben. Stunden vor dem Mord trafen Kosum und sein Bruder zusammen. In den Ermittlungsunterlagen steht wörtlich: Es sei klar erkennbar, „dass Kosum J. sehr wohl in Kenntnis davon gewesen sein muss, dass die Tätergruppe ein Verbrechen geplant hat ...“ Er soll allerdings versucht haben, seinen Bruder von der Tat abzuhalten. Die Staatsanwaltschaft Wien hat vor wenigen Tagen Anklage gegen drei mutmaßliche Täter erhoben. Gegen Kadyrow selbst wird noch ermittelt.

RUANDA

Ende der Freundschaft

Großbritannien und die USA gratulierten ihm noch nicht einmal zur Wiederwahl. Die einstigen Unterstützer rücken ab von Präsident Paul Kagame, der an diesem Montag mit großem Pomp im Stadion von Kigali vereidigt wird: 90 000 Jubelgäste sollen kommen. Jahrelang war Kritik an Kagame ein Tabu, der internationalen Gemeinschaft war ihr Versagen beim Völkermord von 1994 zutiefst peinlich. Doch jetzt schlägt die Stimmung um. Schon vor der Wahl am 9. August, die Kagame mit 93,1 Prozent der Stimmen gewann, hatte US-Außenministerin Hillary Clinton beklagt, dass in Ruanda Journalisten und Oppositionelle unterdrückt würden. Nach der Wahl kom-

mentierte der Nationale Sicherheitsrat des Weißen Hauses: „Wir bleiben besorgt in Anbetracht der irritierenden Ereignisse.“ Großbritanniens Premier David Cameron ließ seinen Entwicklungsminister wegen der undemokratischen Vorfälle in Kigali vorsprechen. Zusätzlich belastet Kagame ein noch nicht offizieller Uno-Report, der vergangene Woche durchsickerte. Ruandische Soldaten hätten im Kongo vor allem in den neunziger Jahren schwere Menschenrechtsverbrechen und Massaker begangen, heißt es darin. Kagames Außenministerin Louise Mushikiwabo droht nun damit, Ruandas Soldaten vom Uno-Blauhelm-Einsatz im Sudan abzuziehen, sollte der Bericht in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Das wäre für die internationale Präsenz in Darfur ein schwerer Rückschlag. Dort stellt Ruanda 3229 Mann.



REUTERS

Ruandische Soldaten in Darfur

TÜRKEI

Macht und Recht

Auf den Tag genau 30 Jahre nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 stimmen die Türken am Sonntag über eine historische Verfassungsreform ab. Geht es nach dem Willen der AKP-Regierung von Ministerpräsident Re-



GETTY IMAGES

cep Tayyip Erdoğan, soll die bisherige Verfassung, die noch die Handschrift des Militärs trägt, in 27 Artikeln erneuert werden. Erdoğan kann nach jüngsten Umfragen mit einer knappen Mehrheit für sein Reformprojekt rechnen. Er will künftig Richter und Anwälte einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterwerfen und hohe Offiziere vor Zivilgerichte stellen können. Die meisten der geplanten Änderungen sind im Land unumstritten, dennoch haben die Oppositionsparteien ihre Anhänger aufgerufen, mit Nein zu votieren. Sie befürchten, dass die muslimisch-konservative AKP insbesondere die Justizreform dazu nutzen wird, ihre Vormachtstellung im Staat auszubauen. Bislang stellt die Justiz eine der letzten Bastionen der kemalistischen Elite dar. Kritiker werfen Erdoğan zudem vor, den Konsens mit der Opposition erst gar nicht gesucht zu haben. Noyan Özkan, Chef der Anwaltskammer in der Kemalisten-Hochburg Izmir, kritisiert: „Jeder weiß, dass wir eine neue Verfassung brauchen. Aber statt auf alle Gesellschaftsgruppen einzugehen, stilisiert die Regierung das Referendum zur Machtfrage.“

Aufruf zur Unterstützung der Verfassungsreform